

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Zentralrat verhandelt mit Innenministern der Länder über Diskriminierungsverbot für Polizei und Justiz

***Rose verlangt auch Gespräche mit Bundesministern
Schäuble und Zypries***

Gegen den Willen des Bundesinnenministeriums fasste das Ministerkomitee des Europarates als höchstes Gremium jetzt einen Beschluss mit deutlicher Kritik an der Bundesrepublik Deutschland wegen der vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma beklagten Praxis der Minderheitenkennzeichnung durch Behörden (Entschließung ResCMN 2007/4). In dem Beschluss über Deutschland heißt es wörtlich: „Die Situation der Roma und Sinti ist nach wie vor sehr bedenklich, sie sind häufig Opfer von Diskriminierung und Stigmatisierung.“ Das werde dadurch „verschärft“, so das Ministerkomitee, weil „ungerechtfertigt Unterlagen zur Volkszugehörigkeit von Tatverdächtigen oder Straftätern, die der Roma/Sinti-Minderheit angehören, geführt und diese Informationen in einigen Fällen an die Presse weitergegeben werden.“

Aufgrund der in den vergangenen Wochen positiv verlaufenen Gespräche des Zentralrats mit den Innenministern- und -senatoren in den meisten alten Bundesländern und in Brandenburg verlangte Zentralratsvorsitzender Romani Rose erneut das Gespräch mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und jetzt auch mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Dabei geht es um das vom Zentralrat initiierte Vorhaben für ein gesetzliches Diskriminierungsverbot als zusätzlichen Paragraphen im Allgemeinen Gleichbehandlungs-Gesetz (AGG) zur Verhinderung der Minderheitenkennzeichnung Beschuldigter in der Berichterstattung der Behörden und Justiz. Die Innenminister und -senatoren beraten zur Zeit darüber, auf der im Herbst tagenden Innenministerkonferenz (IMK) einen Beschluss zu fassen, dass im Bundesrat eine Gesetzesvorlage eingebracht wird, der der Bundestag zustimmen muss.

Im vergangenen Jahr dokumentierte der Zentralrat dem damaligen Vorsitzenden der IMK, Bayerns Innenminister Günther Beckstein, 554 Zeitungsartikel und Agentur- und Polizeimeldungen seit 1995, in denen die Minderheitenkennzeichnung in 508 Fällen von Polizei und Justiz veranlasst wurde. Auf Becksteins Empfehlung fanden Gespräche mit den anderen Innenministern statt. Rose kritisierte den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Ingo Wolf, und Hamburgs Innensenator Udo Nagel wegen deren bisheriger Gesprächsverweigerung. Rose erklärte, diese Minderheitenkennzeichnung schüre den Rassismus und sei Wasser auf die Mühlen der rechtsradikalen Gegner des Rechtsstaats.